
Arbeitsbericht für die Jahre 2006 / 2007

Einführung

Alle zwei Jahre fassen wir für die Mitgliederversammlung die wichtigsten Aktivitäten des Komitees zusammen und geben überblicksweise Rechenschaft über unsere Arbeit.

Seit 2007 erscheint das Komitee-Jahrbuch im Verlag des Westfälischen Dampfboot. Das 2007er Jahrbuch erschien Anfang dieses Jahres mit dem Titel „Völkerrecht und Menschenrechte“. Im März 2008 wird das Jahrbuch mit dem Titel „Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie“ erscheinen.

Aus Anlass des 70. Geburtstages von Wolf-Dieter Narr veranstaltete das Komitee im März 2007 in Berlin ein kleines eintägiges Symposium zum Thema „Die Welt verändern – Perspektiven einer radikalen Menschenrechtspolitik“. Der von Wolf-Dieter Narr gehaltene Vortrag mit dem Titel „Von den unvermeidlichen Schwierigkeiten, Anfang des 21. Jahrhunderts, dazuhin in Deutschland, von Menschenrechten zu reden und Brosamen in ihrem Umkreis einzusammeln“ wurde in einer kleinen Broschüre veröffentlicht.

Das Komitee ist dringend weiterhin auf die Solidarität der SpenderInnen und Fördermitglieder angewiesen, um die politische menschenrechtliche Arbeit in vollem Umfang auch in Zukunft fortsetzen zu können. Wir bitten alle um Mithilfe auch in dieser Hinsicht!

Gesundheitspolitik

Ende des Jahres 2004 wurden wir von den Planungen zur elektronischen Gesund-



G8-Gipfel-Protest © Kai Horstmann

heitskarte (eGK) aufgeschreckt und trafen uns im Herbst 2005 ein erstes Mal in einer neu gegründeten Arbeitsgruppe.

Über die geplante zentrale Datenspeicherung sensibler Gesundheits- und Krankheitsdaten, die vom Arztgeheimnis geschützt sind, wollten wir informieren. Den Protest dagegen organisieren. Die Gruppe hat sich seitdem in vielen weiteren Schritten konsolidiert und arbeitet äußerst produktiv in verschiedenen sich ergänzenden Feldern.

Aus unserer ersten Beschäftigung mit der eGK entstand im Mai 2006 die BürgerInnen-Information „Das große Gesundheitsversprechen – und seine große Täuschung“, die an unseren großen Verteiler verschickt wurde. Anschließend veröffentlichten wir einen kurzen Aufruf „Wir sagen Nein! – Die eGK: Das große Gesundheitsversprechen und seine große Täuschung“, mit dem wir zu Unterschriftensammlungen gegen die geplante eGK aufriefen. Die Unterzeichnenden erklären im Voraus, dass sie der Speicherung ihrer Gesundheitsdaten nicht zustimmen werden. Inzwischen sind über 2.100 Unterschriften gesammelt, die wir Anfang 2008 der Bundesgesundheitsministerin übergeben werden. Diesen Aufruf unterzeichneten weitere Bürgerrechtsorganisationen: Bundesarbeitskreis kritischer

Juragruppen, FoeBuD e.V., Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Humanistische Union und Internationale Liga für Menschenrechte.

Im September 2006 beschäftigten wir uns auf unserer komiteelichen Jahrestagung mit dem Thema „Welche Gesundheit ist möglich? – Gesundheit im kapitalistisch-technologisch-medizinischen Komplex“. Im Kontext unserer Arbeitsgruppe und der Beschäftigung mit der eGK trat immer deutlicher hervor, in welchem Maße das Projekt „eGK“ der Umstrukturierung des Gesundheitswesens dienen soll. Auf der Jahrestagung konnten wir uns eingehender mit grundlegenden Fragen der Gesundheitspolitik beschäftigen.

Herzlichen Dank allen Spendern und Spenderinnen!

Allen wünschen wir erholsame und friedvolle Feiertage und für das neue Jahr persönlich alles Gute und uns allen Erfolg bei unserer gemeinsamen menschenrechtlich-demokratischen Arbeit!

Unsere Gremien:	Arbeitsausschuss:
Geschäftsführender Vorstand	Andreas Bachmann, Hamburg
Heiner Busch, Bern	Andreas Buro, Grävenwiesbach
Theo Christiansen, Hamburg	Helga Dieter, Frankfurt
	Ursula Ganßauge, Darmstadt
Vorstand:	Heike Gumpert, Bonn
Corinna Genschel, Berlin	Thomas Hohlfeld, Berlin
Brigitte Klass, Frankfurt	Volker Nimrich
Stephan Nagel, Hamburg	Beatrix v. Plettenberg, Kleve
Helmut Pollähne, Bielefeld	Albert Scharenberg, Berlin
Albert Scherr, Freiburg	Sonja Tesch, Hamburg
	Edgar Weick, Frankfurt
	Markus Wissen, Berlin
	Jan Wörlein, Berlin

Diese Tagung sprach im Übrigen auch neue Interessierte an. In der Folge verstärkte sich die Zusammenarbeit mit der IPPNW in diesem Arbeitsschwerpunkt und mit regionalen Ärzteorganisationen. Diese weiterführenden Kooperationen und eine von uns mitgetragene Veranstaltung im Hamburger Ärztehaus „Elektronische Gesundheitskarte – Fluch oder Segen? – Medizin in Zeiten von e-health und Gesundheitsmarkt“ ließen schließlich die Ablehnung der eGK, wie sie bisher geplant ist, durch den Deutschen Ärztetag möglich werden.

In verschiedenen Zeitschriften und Veranstaltungen veröffentlichten wir unsere Kritik an der eGK.

Da die Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD), in der wir Mitglied sind, unseren Aufruf nicht unterzeichnen wollte, haben wir hier das Gespräch gesucht. Wir sind überzeugt, dass die eGK ein zentrales Anliegen des Datenschutzes betrifft. Thilo Weichert, der Vorstandsmitglied der DVD ist und in Schleswig-Holstein die Entwicklung der eGK als Datenschutzbeauftragter begleitet und positiv bewertet, haben wir im Frühjahr 2007 mit drei Mitgliedern unserer AG in Kiel besucht. Unsere jeweiligen Argumente haben wir ausgetauscht. In entscheidenden Fragen geht Thilo Weichert jedoch von einer anderen Entwicklung aus als der, die sich u.E. bundesweit abzeichnet. Auch die vehemente Kritik der Ärzte in Schleswig-Holstein, die an der „Test“phase beteiligt sind, ändert nichts an seiner Haltung. Auch die Tatsache, dass nun im zweiten Quartal 2008 das roll-out der Karte beginnen soll und die Vorga-

ben mitnichten denen in Schleswig-Holstein entsprechen, ändert nichts an seiner Befürwortung, wie seine Argumentation auf der medica-Messe im November 2007 erneut bewiesen hat. Schade, dass in einer solch zentralen Frage die DVD ihrer Zielsetzung des Datenschutzes nicht nachkommen mag.

Unsere diesjährige „Herbstschule“ widmeten wir dem Thema „Für eine andere Gesundheitspolitik! - Gesundheit, Krankheit, Menschenrechte und Demokratie - Am Beispiel bundesdeutscher Gesundheitspolitik mit dem „Aufhänger“ Elektronische Gesundheitskarte“. Viele der Teilnehmer arbeiten in der AG Gesundheit mit und hatten auch an der Jahrestagung 2006 teilgenommen. So war eine tiefer schürfende Diskussion zum Gesundheitsbegriff, zu dem, was wir unter sozialer Integrität verstehen und zu unseren Utopien einer demokratisch-menschenrechtlich gestalteten Gesundheitspolitik möglich.

Die eGK hatte zunächst im Januar 2006 ausgegeben werden sollen. Im Jahr 2007 konnten jedoch erst einige sogenannte Tests erfolgen, die aber nichts mit einer Erprobung im alltäglichen Gebrauch zu tun haben. Trotzdem soll die eGK nun im zweiten Quartal 2008 ausgegeben werden. Gleichzeitig planen Krankenkassen, insbesondere z.B. die BEK, eigene Patientenakten (ePA) anzulegen, und werben hierfür. Aufgrund dieser Zeitplanung wollen wir im ersten Quartal des nächsten Jahres vor allem gegen die Einführung der eGK mobilisieren. Hierfür werden wir in einem breiten Bündnis mit anderen Organisatio-

nen zusammenarbeiten. Zugleich haben wir einen Brief mit konkreten Fragen zur Einführung der elektronischen Patientenakte bei der BEK entworfen. Auch hiergegen gilt es zu protestieren. Die BürgerPatientInnen müssen über die Notwendigkeit des Datenschutzes und die Interessen der Krankenkassen an ihren Daten aufgeklärt werden.

Innere Sicherheit und Demonstrationsrecht

Großveranstaltungen wurden in den letzten beiden Jahren zum Erprobungsfeld für das präventivpolizeiliche Instrumentarium missbraucht, für die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten und für die Kooperation der „Sicherheitskräfte“ im internationalen Rahmen, für neue Sicherheitstechniken und für eine neue Rolle des Militärs im Innern. Dies gilt vor allem für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und das G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm 2007.

Mit Sorge beobachteten wir 2006 die sicherheitspolitischen Vorbereitungen zur Fußball-Weltmeisterschaft und berichteten kritisch darüber. Wir veröffentlichten ein Informationsflugblatt: „Ein Eigentor gegen die Grundrechte - Bei der Fußball-WM werden unmögliche Sicherheitsmaßnahmen möglich“. Wir entschieden uns, exemplarisch wenige möglicherweise konfliktive Spiele in den Städten Dortmund und Köln mit BeobachterInnen zu begleiten.

Mit Freude sahen und hörten wir, dass die WM vorrangig fröhlich und friedlich verlief. Die teilnehmenden Bürger und Bürgerinnen waren die Garanten dieser Friedlichkeit, nicht die polizeilichen Überwachungen. Trotz dieser „Friedlichkeit“ erschreckte uns das Ausmaß vorbeugender Gewahrsamnahmen.

Gemeinsam mit acht anderen Bürgerrechtsorganisationen geben wir jährlich den Grundrechte-Report heraus. Elke Steven arbeitet als Herausgeberin in der Redaktion mit. Im Jahr 2007 fiel die Pressekon-

ferenz zum Erscheinen des Buches in die Vorbereitungszeit zum G8-Gipfel. Sie stieß auf besonderes mediales Interesse und ermöglichte uns, auch in diesem Kontext über unsere Arbeit zu berichten.

Im Jahr 2007 stand für uns die Demonstrationsbeobachtung der Gipfelproteste rund um Heiligendamm im Zentrum unserer Arbeit. Früh begannen die Kriminalisierung des Protestes und die Versuche der Spaltung dessen in einen guten und einen schlechten. Deutlich wurde, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit völlig zurücktreten sollte hinter den Schutz des Gipfeltreffens und dessen vermeintliche Bedrohung durch einen (islamistischen) Terrorismus. Nicht konkrete Gefahrenprognosen rechtfertigten dies, sondern vage, konstruierte und allüberall dräuende Gefahren mussten hierfür herhalten. Eine inländische terroristische Gruppe wurde mit der Anwendung des § 129 a erst geschaffen. Wohnungen in Norddeutschland wurden von einem Großaufgebot der Polizei mit über 900 PolizeibeamtInnen durchsucht. Eine Demonstrationen verbietende Allgemeinverfügung wurde erlassen. Das Komitee informierte zu diesen Vorgängen in verschiedenen Presseerklärungen und protestierte gegen die Kriminalisierung des Protestes und die Außerkraftsetzung der Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Auf verschiedenen Veranstaltungen in Rostock und Berlin informierten wir über unsere Arbeit.

Eine den Gipfelprotesten vorausgehende Demonstration in Hamburg begleitete eine Hamburger Komitee-Gruppe bereits mit einer Demonstrationsbeobachtung. Mit 29 BeobachterInnen begleiteten wir die Gipfelproteste vom 2. bis 8. Juni 2007 rund um Rostock und Heiligendamm. Während der Beobachtungen halten wir uns mit medialen Äußerungen zurück, um tatsächlich das Geschehen beobachten zu können und nicht jedes einzelne Ereignis kommentieren zu müssen. Das mediale Interesse an unseren Wahrnehmungen und Einschätzungen war jedoch groß. Wenige Interviews haben wir schon während dieser Zeit gegeben. Kurz nach Ende des Protestes veröffentlichten wir ein erstes Resümee, das ebenfalls auf großes Interesse stieß. Unsere Presseinfor-

mationen in diesem Kontext haben wir alle ins Englische übersetzen lassen.

Das Buch, in dem wir über unsere Demonstrationsbeobachtung berichten und unsere Beobachtungen in den Kontext des politisch-polizeilichen Umgangs mit diesen Demonstrationen stellen, erscheint unter dem Titel: „Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel – Demonstrationsbeobachtungen vom 2. – 8. Juni 2007 rund um Heiligendamm“.

Die Prozesse wegen dem im Jahr 2004 im Land Baden-Württemberg und im Jahr 2005 von Hessen erlassenen Berufsverbot für einen Lehrer begleiteten wir weiterhin. Gemeinsam mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein und der Internationalen Liga für Menschenrechte beobachteten wir die Prozesse und informierten die Presse. Diese Geschichte hat im Herbst 2007 einen guten Ausgang genommen. Nachdem der VGH Baden-Württemberg und das VG Darmstadt die Begründungen für das Berufsverbot als rechtswidrig beurteilt hatten, wurde Michael Cszakóczy im Herbst 2007 in Baden-Württemberg eingestellt. Die öffentliche Aufmerksamkeit hatte unterstützend gewirkt.

Gegen die Inhaftierung des Stadtsoziologen Andrej H. mit dem Vorwurf, an einer „terroristischen Vereinigung“ (§ 129 a StGB) beteiligt zu sein, haben wir ebenfalls schnell im August 2007 protestiert.

In Freiburg hatten die WagenburgbewohnerInnen in den letzten Jahren immer wieder Konflikte mit der Stadt und der Polizei. In Briefen setzten wir uns für deren Rechte ein und begleiteten eine der konfliktreichen Demonstrationen mit DemonstrationsbeobachterInnen.

Friedenspolitische Arbeit

Im Mittelpunkt der friedenspolitischen Komitee-Arbeit der Jahre 2006/2007 stand die weitere Auseinandersetzung mit dem sogenannten Krieg gegen den Terrorismus,



G8-Gipfel-Protest © Gottfried Müller

an dem die Bundesrepublik Deutschland - nicht nur, aber vor allem - über die völkerrechtswidrige Operation Enduring Freedom kontinuierlich beteiligt ist.

In verschiedenen Formen hatte sich die Friedensbewegung gegen die Verlängerung der Mandate sowohl von ISAF als auch von Enduring Freedom ausgesprochen. Für das Komitee sprach Andreas Buro, der weiterhin als friedenspolitischer Sprecher des Komitees aktiv ist, auf der Demonstration am 15. September 2007 in Berlin. Seine Rede nimmt Bezug auf die Vorschläge einer alternativen Friedenspolitik für Afghanistan, die er bereits in eigenen Artikeln und in einem Flugblatt, das an den Komitee-Großverteiler verschickt wurde, dargelegt hatte.

Im Sommer 2006 hat das Komitee in einer Stellungnahme zum Libanon-Krieg vor allem die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland angemahnt. Eindeutig wurden alle Rüstungsexporte und die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Überwachungsmaßnahmen zu See kritisiert.

Mit zwei BürgerInnen-Informationsheften hat das Komitee Stellung bezogen zu zwei höchstrichterlichen Entscheidungen, die die Argumentation der Friedensbewegung stärken. Zum einen ging es im Heftchen

„Von der Pflicht zum Frieden und der Freiheit zum Ungehorsam“ (Februar 2006) um die Gewissensfreiheit der Soldaten. Major Pfaff hatte 2003 jegliche Mitwirkung am Irak-Krieg verweigert und war dafür degradiert und kriminalisiert worden. Uns ging es darum, einerseits die Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung, mit der Major Pfaff im Juni 2005 rehabilitiert wurde, zu begrüßen, öffentlich bekannter zu machen und so Soldaten zu unterstützen, die ihrem Gewissen folgen. Angesichts des Verwaltungsgerichtsurteils war es um so befremdender, dass die Bundeswehr das höchststrichterliche Urteil im Sinne ihrer Interessen umdeutet. In einer Dienst-Anweisung für Vorgesetzte behauptet die Bundeswehr-Führung das Gegenteil des im Urteil Verkündeten. Dem einzelnen Soldaten wird sogar die Kompetenz hinsichtlich einer eigenen Urteilsbildung und Gewissensentscheidung im Hinblick auf völkerrechtswidrige Kriegsentscheidungen abgesprochen.

Eine weitere BürgerInnen-Information mit dem Titel „Wider den menschenrechtsblinden Antiterrorismus“ bezog sich auf das Luftsicherheitsgesetz von Januar 2005 und die diesbezügliche Verfassungsgerichtsentscheidung von Februar 2006, mit der die Ermächtigung für den Abschuss von mutmaßlich terroristisch gekaperten Passagier-Flugzeugen durch die Bundeswehr – nach 13-monatiger Geltung – aufgehoben wurde. Dennoch lassen die politisch Verantwortlichen nicht nach, gegen das Verfassungsgerichtsurteil zu polemisieren und versuchen, eine Abschusserlaubnis politisch durchzusetzen. Dabei geht es insgesamt um den Versuch einer Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren. Während in der SPD vor allem das Modell eines Quasi-Kriegszustandes im Zeitalter des Terrorismus diskutiert wird, dem gemäß das GG bereits jetzt solche Einsätze zulasse, fordert die CDU/CSU eine eindeutige Grundgesetzänderung, um die Bundeswehrbefugnisse zu erweitern.

Die resist-Prozesse, über die wir mehrfach ausführlich berichtet hatten, sind im Berichtszeitraum zu Ende gegangen. (...) Zur Zeit läuft noch eine Rechtsbeschwerde. Wir danken an dieser Stelle noch einmal allen, die speziell für diesen Rechts-

hilfefonds gespendet und damit dazu beigetragen haben, dass eine gute anwaltliche Begleitung der Prozessführung bis zum Erfolg vor dem OLG möglich war.

Das Komitee arbeitet seit langem sowohl im Netzwerk Friedenskooperative als auch in der Kooperation für den Frieden, einem politisch aktiven Zusammenschluss von Friedensgruppen, mit. Aktuelle friedenspolitische Ereignisse und Entwicklungen werden auch in diesen Kontexten diskutiert und ggf. zu Aktionen oder Informationen gebündelt. 6 x jährlich gibt das Netzwerk die Zeitschrift Friedensforum heraus, an der Martin Singe für das Komitee redaktionell beteiligt ist. Die Kooperation für den Frieden erstellt seit zwei Jahren friedenspolitische Dossiers im Rahmen des Monitoring-Projektes. Die ersten beiden beziehen sich auf den Iran-Konflikt und auf den türkisch-kurdischen Konflikt und sind vor allem unter der Autorenschaft von Andreas Buro entstanden. Ein Dossier zum Themenbereich Israel-Palästina-Nahost ist im Erscheinen.

Das Komitee ist weiterhin über Andreas Buro aktiv in die Arbeit des „Dialog-Kreises“ für eine politische Lösung im Türkei-Kurdistan-Konflikt engagiert. Der Dialog-Kreis veröffentlicht regelmäßig (inzwischen als elektronischen Rundbrief) die „Nützlichen Nachrichten“

Ferien vom Krieg

Die Aktion „Ferien vom Krieg“ hat das Komitee auch in den Jahren 2006/07 erfolgreich betrieben. Jeweils im März/April eines Jahres erscheint der Bericht zu den Aktionen des vorangegangenen Jahres mit dem neuen Spendenaufruf.

Beides wird an den Großverteiler des Komitees und an weitere InteressentInnen der Aktion verschickt. 2007 veröffentlichten wir den Bericht zu den Begegnungen und Seminaren, die im Jahr 2006 stattgefunden haben. Anfang 2008 erscheint der Bericht über die Aktivitäten des Jahres 2007. Die Aktion wird weiterhin von Helga Dieter unter Mithilfe vieler anderer koordiniert und fand 2007 zum 14. Mal in

ununterbrochener Folge statt. Damit stieg die Gesamtzahl der TeilnehmerInnen auf rund 20.000 Personen. Im Presse-Resümee von September 2007 schreibt Helga Dieter: „Zuhören lernen, die Perspektive ‚der Anderen‘ in Gesprächen oder Rollenspielen zu übernehmen, vitale Interessen zu verteidigen, trotzdem nachgeben zu können, sind soziale Fähigkeiten, die sich bei fast allen Teilnehmenden während des Aufenthaltes entwickeln. ... Der langsame Abbau von Feindbildern gleicht einem Wechselbad der Gefühle, besonders dann, wenn er traumatische Verletzungen oder Existenzfragen berührt.“

Das Komitee erhielt – unter besonderer Würdigung der Aktion „Ferien vom Krieg“ – im März 2007 den Erich-Mühsam-Preis in Lübeck verliehen. Die Laudatio wurde von Eckart Spoo gehalten. Helga Dieter und Theo Christiansen sprachen für das Komitee.

AG Strafvollzug

Die AG Strafvollzug konnte sich im Berichtszeitraum nur zwei mal zu Sitzungen zusammenfinden. Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen der Föderalismusreform auf die künftigen Strafvollzugsgesetze der Länder und die praktischen Folgen für den Strafvollzug.



In den Ländergesetzen wird nach ersten Tendenzen der Resozialisierungsauftrag durch das Sicherheitsprinzip abgelöst bzw. zumindest stark eingeschränkt. Unabhängig von der neuen Ländergesetzgebung ist bereits gegenwärtig eine massive Zunahme von Repression im Strafvollzug zu bemerken. Die Vollstreckungszeiten nehmen zu, vorzeitige Entlassungen werden immer mehr zur Ausnahme, die Gewährung von Lockerungen ist extrem zurückgegangen. Unter dem Stichwort „Chancenvollzug“ werden Resozialisierungsbemühungen höchstens noch auf sogenannte mitwirkungswillige Gefangene beschränkt. Verwahrvollzug wird immer öfter zur Regel. In einigen JVA's wird selbstherrlich regiert. Sogar Gerichtsbeschlüsse werden in einzelnen Fällen nicht umgesetzt.

Die Aktion „Bücher für Gefangene“ wurde auch in den Jahren 2006/07 intensiv fortgesetzt. Nach wie vor erhalten jährlich aus Komitee-Spendengeldern ca. 300-400 Gefangene ein Buchgeschenk ihrer Wahl.

Sonja Vack hat in den Jahren 2006/07 weiterhin die konkrete Gefangenenbetreuung – vor allem in Form intensiver Korrespondenzen – für das Komitee besorgt. Zu diesem Bereich liegt ein eigener Bericht von Sonja Vack vor, der in den INFORMATIONEN 1/2008 veröffentlicht wird.

AG Asyl und Migration

Die AG hat im Frühjahr 2006 die Proteste der Lagerinsas-

Spendenaufruf!

Ornungsgemäße und sparsame Finanzführung hat die Revision im August 2007 bestätigt.

Die Mitgliederversammlung hat Vorstand und Finanzgeschäftsführung entlastet.

Ein Defizit ist trotz allem für 2007 zu erwarten.

Bitte spenden Sie, damit die komiteeliche Menschenrechtsarbeit abgesichert werden kann und werben Sie Fördermitglieder!

Die Spendenquittungen versenden wir Ende Januar 2008.

Spenden-Konto: Volksbank Odenwald,

BLZ 508 635 13, Konto 8 024 618

(Komitee-Arbeit)

Herzlichen Dank!

sen aus den niedersächsischen Lagerunterkünften unterstützt, die ausgehend von den Protesten im Jahr zuvor, einschließlich der Komiteeaktion am Abschiebelager Bramsche, eine eigene widerständige Dynamik bis heute angenommen haben.

Die Menschen, die in diesen Lagern untergebracht sind, versuchen auf vielfältige Weise, ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Die vom Komitee im Jahr 2005 mit angestoßene Skandalisierung der exterritorialen Lager und der brutalen Abwehr undokumentierter Immigrantinnen und Immigranten an den europäischen Außengrenzen konnte über eine Reihe von Vorträ-

gen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen einem breiteren Publikum nahegebracht werden. Ein Umsteuern der Politik ist jedoch nicht erkennbar.

Wolf-Dieter Narr beobachtete zusammen mit einer internationalen Delegation das vor dem Landgericht Dessau stattfindende Strafverfahren gegen zwei Polizeibeamte, die mutmaßlich für den Tod des Asylsuchenden Oury Jalloh verantwortlich sind, der, an Händen und Füßen gefesselt, in einer Gewahrsamszelle der Polizei verbrannte. Wolf-Dieter Narr hat über die ersten Prozesstage eindrucksvolle, mit Reflektionen über den institutionalisierten Rassismus versehene Prozessberichte angefertigt.

Im Jahr 2007 hat die AG die komiteeliche Jahrestagung „Das

Ich/Wir bestellen:

..... Ex. Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel; Demonstrationsbeobachtungen vom 2. - 8. Juni 2007 rund um Heiligendamm; Preis: 10 Euro

..... Ex. Dossier III: Der Israel-Palästina-Konflikt; Einzel Exemplare kostenfrei - wenn möglich, eine Breifmarke à 1,45 Euro beilegen.

Komitee für Grundrechte
und Demokratie
Aquinostr. 7-11
50670 Köln

Recht auf einen Ort – Migration, Bleiberecht und repressive Integration“ vorbereitet und ausgewertet. Die teilnehmenden WissenschaftlerInnen, die politischen AktivistInnen und die interessierten PraktikerInnen diskutieren, wie die Zonen der „Minimalisierung des Humanen“ migrations- und ausländerpolitisch immer weiter gedehnt werden. (Vgl. Bericht in INFORMATIONEN 5/07)

Große Beachtung fand die Erklärung des Komitees zu den im Sommer 2007 verabschiedeten Verschärfungen der asyl-, aufenthalts- und staatsbürgerschaftsrechtlichen Bestimmungen.

Im kommenden Jahr will sich die AG an den Aktionen und Demonstrationen eigenständig beteiligen, die um den 15. Jahrestag der Abschaffung des Asylrechts (1.7.1993 – 1.7.2008) von verschiedenen Initiativen vorbereitet werden.

AG Soziale Menschenrechte

Die AG diskutierte auf ihren gelegentlichen Treffen vor allem, wie die Proteste gegen die staatlich verordnete Verarmungs- und Ausgrenzungspolitik wieder an Schwung gewinnen könnten.

Umstritten blieb, ob mit einem inszenierten Hungerstreik die Blockade der sozialen Bewegungen aufgebrochen werden könnte. Die AG veranstaltete im Herbst 2007 eine kleine Tageskonferenz mit vielen verschiedenen Initiativen zu dem Thema „Wie weiter mit den Sozialprotesten?“. Einig waren sich die Vertreterinnen und Vertreter darin, dass nur ein lokal organisierter Protest, der Brücken zu anderen widerständigen Initiativen schlägt, die Chance in sich trägt, auch wieder bundesweit in Erscheinung zu treten.

*Martin Singe
Elke Steven
Dirk Vogelskamp*

PS: Gerne kann der ungekürzte Bericht im Kölner Büro angefordert werden.

Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel

Demonstrationsbeobachtungen vom 2. - 8. Juni 2007 rund um Heiligendamm

- Vorgeschichte: Wie ein Küstenstrich an der Ostsee zur Szene gewaltbereiter Politik werden konnte
- Das demonstrative Geschehen vom 2. - 8. Juni 2007
- Die Handelnden rund um Heiligendamm - Polizei und Militär an erster Stelle
- Menschenrechte und Demokratie in Zeiten der Globalisierung

ISBN: 978-3-88906-125-6; 10,- Euro

Neuerscheinung im Monitoring-Projekt Zivile Konfliktbearbeitung:

Dossier III: Der Israel-Palästina-Konflikt

Autoren: Andreas Buro und Clemens Ronnefeldt

Hg.: Kooperation für den Frieden, Bonn, Dezember 2007

(textgleich im Innenteil Friedensforum 5/6-2007)

- Der Konflikt und seine zivilen Lösungsmöglichkeiten
- Die Bedeutung des Konflikts für die Krise in Nahost
- Der historische Hintergrund
- Friedensorganisationen mit Projektarbeit im Nahost-Konflikt



Bestellen:
Komitee für Grundrechte und Demokratie

Aquinostr. 7-11
50670 Köln

Telefon: 0221-9726930
Fax: 0221-9726931

www.grundrechtekomitee.de
info@grundrechtekomitee.de



Einzel Exemplare kostenfrei beim Komitee erhältlich -

wenn möglich, 1 Briefmarke à 1,45 Euro beilegen!